

Aufruf zum Protest!

Gegen den Kahlschlag in der aktiven Arbeitsmarktpolitik!

**Freitag, 28. März 2003, 11:00 Uhr
Arbeitsamt Göttingen**

Wir rufen alle Betroffenen zum öffentlichen Protest gegen die Sparmaßnahmen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik auf.

Die im Dezember 2002 im Bundestag beschlossenen gesetzlichen Änderungen führen zu einer Umorientierung der arbeitsmarktpolitischen Förderprogramme der Bundesanstalt für Arbeit. In Zukunft wird sich die Bundesanstalt nur noch auf die Vermittlung von Arbeitslosen mit 70%er Integrationschance in den bekanntermaßen angespannten Arbeitsmarkt konzentrieren.

Die bisherige Unterstützung der Integration von Benachteiligten in den Arbeitsmarkt betrachtet die Bundesanstalt nicht länger als ihre Aufgabe. Der Verzicht auf einen Bundeszuschuss für das laufende Haushaltsjahr in Höhe von 5 Milliarden Euro ist als Ausdruck dieser geänderten gesellschaftspolitischen Zielsetzung der Bundesanstalt zu interpretieren.

Im Ergebnis fallen besonders förderbedürftige Personengruppen unter den Arbeitslosen aus den Programmen heraus. Dies gilt u.a. für arbeitslose Jugendliche, Behinderte, BerufsrückkehrerInnen, MigrantInnen, Rehabilitanden etc. für die ab Sommer 2003 die bewährten Sonderprogramme nicht mehr aufgelegt werden sollen.

Tatsache ist, dass die Bundesanstalt für Arbeit in den letzten beiden Jahrzehnten zunehmend die sozialpolitische Verantwortung für die Integration aller Erwerbsfähigen – auch der Benachteiligten und schwerer zu Vermittelenden – übernommen hat und dazu Förderprogramme initiiert hat.

Tatsache ist auch, dass über den sogenannten zweiten Arbeitsmarkt viele gesellschaftlich notwendige Arbeiten - vorrangig im sozialen Bereich - mit finanzieller Unterstützung der Bundesanstalt organisiert wurden.

Man mag darüber streiten, ob diese sozialpolitische Verantwortung bei der Bundesanstalt richtig angesiedelt war – sie übergangslos durch ersatzlose Streichung über Bord zu werfen kann keine Lösung sein und zerstört das Vertrauen in den Sozialstaat.

Wir, die Unterzeichnerinnen dieses Aufrufs, arbeiten auf verschiedene Art und Weise beruflich und ehrenamtlich mit den Betroffenen. Wir sehen es als unsere Verpflichtung, in Stellvertretung derer, deren Lebenssituation nicht nur durch fehlende Arbeitsmöglichkeiten, sondern auch durch zunehmende Isolation und Stigmatisierung gekennzeichnet ist, öffentlich und laut auf diese Entwicklungen aufmerksam zu machen.

Gleichzeitig wissen wir, dass die berufliche Existenz von vielen von uns, die in der Weiterbildung und/oder im sozialen Bereich beschäftigt sind, durch die Sparmaßnahmen massiv bedroht ist. Erste betriebsbedingte Kündigungen sind bereits ausgesprochen, weitere werden folgen.

- Mit unserer Aktion vor dem Göttinger Arbeitsamt wollen wir die Öffentlichkeit informieren und aktivieren.
- Wir fordern die politisch Verantwortlichen vor Ort, aber auch unsere Vertretungen im Landtag und Bundestag auf, zu ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung zu stehen und dementsprechend zu handeln.
- Insbesondere setzen wir uns dafür ein, dass der bisherige Bundeszuschuss von 5 Mrd. Euro im Sinne benachteiligter Bevölkerungsgruppen für eine aktive Arbeitsmarktpolitik wieder eingesetzt wird.
- Wir erwarten von der Bundesanstalt für Arbeit, dass sie die einmal übernommene Aufgabe, aktiv eine sozial gerechte Arbeitsmarktpolitik zu gestalten, so lange wahrnimmt bis andere Lösungen gefunden sind.
- Wir fordern das örtliche Arbeitsamt auf, noch vorhandene Spielräume in diesem Sinne auszunutzen und den Erhalt bewährter und effizienter Trägerstrukturen zu fördern.

Wir laden alle von Kürzungen Betroffenen, die mitbetroffenen Eltern und ErzieherInnen, alle Beschäftigten der Weiterbildungs- und Jugendhilfeträger sowie sozialer Einrichtungen ein, sich am **28.3.03 um 11.00 Uhr am Arbeitsamt Göttingen** einzufinden, um sich und andere zu informieren, zu diskutieren, zu protestieren und dem Widerstand Ausdruck zu verleihen.

UnterzeichnerInnen:

Aktionsbündnis „Soziales Göttingen“

Angehörigengruppe für psychisch Kranke e.V.

Aranja Netzwerk Frauen und Erwerbstätigkeit e.V.

Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege

Arbeitsgemeinschaft Freier Träger der Jugendhilfe

Arbeitskreis Frauen und Erwerbstätigkeit

Bildungsgenossenschaft Südniedersachsen (BIGS) e.G/i.G.

DGB Südniedersachsen-Harz

Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppe (GALG)

Göttinger Betriebsexpress

Integrationsrat

Netzwerk „Lernende Regionen Bildung 21 in Südniedersachsen“

Paritätischer Wohlfahrtsverband

Runder Tisch „Armes Göttingen“

Schulelternratsvorsitzende der Heinrich Böll Schule Frau Otte

Schulelternratsvorsitzende der Martin Luther King Schule Frau Steinmetz

Schulelternratsvorsitzende der Schule am Tannenberg Frau Wenger

Sozialpsychiatrischer Verbund, Sprecherrat

Stadtelternratsvorsitzender Dirk Tödter

Ver.di Bezirk Südniedersachsen